

19.06.2020

## **Ausgrenzung und Intoleranz im Rat der Stadt Mülheim**

“Wir lassen uns politisch nicht verorten!” stellt der Oberbürgermeisterkandidat Dr. Martin Fritz klar fest. “Der Bürgerliche Aufbruch Mülheim orientiert sich in seiner Sacharbeit ausschließlich an den Kriterien der Vernunft und handelt im Interesse der Bürger Mülheims. Wir arbeiten daran, dass die von den etablierten politischen Kräften eingeleitete Abwärtsspirale der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unserer Stadt gestoppt wird. Nach Jahren des Niedergangs muss endlich eine Kehrtwende erfolgen.”

In unserer Zeit hätten bei den etablierten Parteien das politische Kalkül Vorrang vor der Verantwortung und den eigentlichen Aufgaben als Vertreter der Bürgerinteressen.

Nur so lasse sich die Haltung der SPD zu den jüngsten Vorgängen um die Verabschiedung des Antrages zur Klimanotlage in Mülheim erklären.

“Vorwürfe von Seiten der SPD in Bezug auf Anträge zur Aufnahme von geflüchteten Menschen und in diesem Zusammenhang Intoleranz unsererseits weisen wir klar und deutlich zurück. Derartige populistische und haltlose Behauptungen lassen sich einfach widerlegen, indem sich jeder Bürger die von uns gestellten Anträge im Rat selbst anschauen und bewerten kann. Zur Vereinfachung werden wir in Kürze auf unserer Homepage [www.buergerlicher-aufbruch.de](http://www.buergerlicher-aufbruch.de) eine entsprechende Linksammlung aller gestellten Anträge veröffentlichen,” so der Oberbürgermeisterkandidat abschließend.

Die SPD wolle in erster Linie von Ihrem Totalversagen ablenken mit dem sie u.a. die ruinösen Finanzen der Stadt, höchste Steuerbelastungen für die Bürger und den Filz in den Ämtern zu verantworten hat.